

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witzenaustr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Bielefeldstr. 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strisland,
in Breslau bei Emil Habath.

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danck & Co. —
Hausknecht & Vogler, —
Rudolph Wiese.
In Berlin, Dresden, Erfurt
beim „Juwelendenk“

Posener Zeitung.

Nenn und siebzigerster Jahrgang.

Mr. 296.

Das Abonnement am dieses täglich oder Mai erreichende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 28. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Jahres 20 Pf. die nachgeholte Zeile oder seien kann. Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die im folgenden Tage Morgens 1 Uhr erscheinende Nummer bis zum Nachmittag angenommen.

1876.

Vom Landtage.

43. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 27. April, 11 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Achenbach, Friedenthal, Ministerialdirektor Weishaupt, Geh. Räthe Möller, Bredel u. A.; später Fürst Bismarck und der Präsident des Reichseisenbahn-Amtes Maybach.

Das Haus setzt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Übertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich weiter fort.

Handelsminister Achenbach: Es ist mir zu meinem lebhaften Bedauern gestern nicht möglich gewesen, das Wort zu ergreifen. Nachdem Sie indessen in der vorigen Verhandlung eine Vertheidigung der Vorlage seitens eines Mitgliedes dieses Hauses gehört, nachdem der Herr Reichskanzler sich wesentlich von seinem Standpunkt als Chef der Reichsverwaltung über die Vorlage ausgesprochen hat, glaube ich meinesheils nicht zögern zu dürfen, das für die Vorlage Gesagte noch in einigen kurzen Zügen zu vervollständigen. Ich werde mich wesentlich an die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter anschließen: er wird, wenn ich ihn bei verschiedenen Punkten angreifen muß, darin erkennen, wie sehr er bei mir im Ansehen steht. (Heiterkeit). Leider ist meine Neigung zu ihm, wie ich nach seinen Ausführungen glaube, eine ganz einseitige und unveränderte. Es soll mich dies jedoch nicht abhalten, das von ihm Vorgebrachte völlig objektiv zu beleuchten. Als ich seine Ausführungen vernahm, glaubte ich, mich nicht in dieser Versammlung, sondern im Reichstag zu befinden; seine ganzen Ausführungen waren darauf gerichtet, die angeblich gefährdeten Interessen des Reiches an dieser Stelle zu wahren. Mit Pathos rief er aus: bedenken Sie, daß in einem Verkauf zwei Personen gehören, ein Verkäufer und ein Käufer, das Reich wird über den Kauf zu entscheiden haben. Es wäre richtig gewesen, wenn er diese Apostrophe an sich selbst gerichtet hätte, er würde dann das, was von dem Standpunkte des Käufers über diese Angelegenheit zu sagen ist, an anderer Stelle als hier vorgebracht haben, wo nur die Ernächtigung zu Verhandlungen mit dem Reich erhebt werden soll. Diese Vertheidigung der Sache macht es schwer, den Kern der Rede des Abg. Richter zu erkennen, wenn ich indessen die Schale abstreife, so scheint er mir seine Auffassung dahin zu richten, daß zunächst Alles so bleibt, wie es ist. Er nennt sich einen Freund des Reiches, er beweist diese Freundschaft dadurch, daß er den von den Einzelstaaten in dieser Sache bisher eingenommenen Standpunkt unbedingt lobt. Er sagt, er habe keine Sympathien für die Einzelstaaten gegenüber dem Reich und dennoch vertheidigt er die von ihnen vertretene Auffassung. Der Abg. Richter behauptet ferner, seit dem Jahre 1866 sei vor dieses hohe Haus eine Angelegenheit von üblicher Bedeutung nicht gelungen, es handle sich um eine Revision der Hauptgrundsätze der bisherigen Reichseinrichtungen, um eine Angelegenheit, wo gewissermaßen Bruder von Bruder in Meinungsverschiedenheit trenne und wo der Vater in der Lage sei, seinen Sohn zu verstossen. Große politische Parteien sollen wegen dieser Frage in Spaltung und Gährung begriffen sein, die Gestaltung unseres öffentlichen und politischen Lebens soll aus den Angeln gehoben werden. Sehen wir zu, worum es sich handelt. Es ist eine Autorisation in Frage, die weitere Verhandlungen im Reichstage über die allgemeinen Gesichtspunkte, und demnächst weitere Verhandlungen über die abgeschlossenen Verträge sowohl in diesem Hause, wie im Reichstag zur Folge hat. Es ist darüber sehr viel Staub aufgewirbelt worden und mir scheint Manches in der Rede des Abg. Richter sich mehr gegen Ausführungen der Presse als gegen die Vorlage selbst zu richten. Er hat sogar, täusche ich mich nicht, die Sozialdemokratie herbezogen und die Schädigung der Eisenindustrie als mit dieser Vorlage in Zusammenhang stehend bezeichnet. Bei genauerer Prüfung der hierbei mitwirkenden Umstände würde er, wenn er diese Kalamität nach den Wünschen der einflussreichsten seiner Wähler befehligen wollte, Wege beschreiten müssen, die er bisher entschieden verhorrorrt hat, Auffassungen, die dem Lande mehr schaden würden, als diese ziemlich harmlose und unschuldige Vorlage. Um seine Behauptungen aufrecht erhalten zu können, stellt sich der Abg. Richter selbst ein Programm auf, um es dann zu widerlegen. Dies Programm besteht in den Sätzen: alle Bahnen müssen Staatsbahnen werden und alle Bahnen ohne Ausnahme müssen auf das Reich übertragen werden. Gegen diese selbst gebildeten Sätze richtet er seine Angriffe. Wo stehen sie aber? Der Regierungsvorlage sind sie vollständig fremd. Bei der Widerlegung solcher nach selbst aufgestellter Gebilde kann es dem Abgeordneten Richter auch sehr leicht gelingen, mich der Unkonsequenz zu zeigen. Er zitiert einen Satz von mir, worin ich sage, daß ich kein Anhänger derjenigen Auffassung sei, welche sämtliche Bahnen auf den Staat übertragen will. Ich habe im Jahre 1873 ausgesprochen, daß es notwendig sei, zur Konsolidation des Staatseisenbahnenes die Vergütung der Staatsbahnen in Aussicht zu nehmen. Mein heutiger Standpunkt ist ein völlig identischer mit dem damals von mir eingenommenen. Der Abg. Richter hat dann eine von mir bei Gelegenheit der Budgetdebatte über das Tarifwesen im vorigen Jahre gethane Ausserung zitiert, mit der mein gegenwärtiges Verhalten im Widerspruch stehen soll. Ich habe gesagt, daß bei den Tarifen es wesentlich auf die freie Thätigkeit der Bahnen mit ankomme. Warum habe ich diesen Satz ausgesprochen und in welchem Zusammenhange? Es hatte die 20 prozentige Erhöhung der Eisenbahn tarife stattgefunden, viele Bahnen fühlten das Bedürfnis, vorwiegend im eigenen Interesse, als im Interesse des Verkehrs mit den Tarifzälen herunterzugehen, fürchteten indessen, daß, wenn sie ihrerseits die Ermäßigung der Tarife herbeiführten, die Aufsichtsbehörde später eine Erhöhung derselben nicht genehmigen würde. Ich habe gerade im Interesse der Industrie und des Verkehrs als Grundfaß ausgesprochen, daß ich innerhalb der festgesetzten Maximalsätze eine gewisse freie Bewegung gestatten wolle. Darauf bezogen sich meine damaligen Ausführungen, und ich hatte die Genugtuung, daß die von Seiten des Reiches zur Beratung der Tarifgrundsätze beruhende Kommission unter ihren formulierten Artikeln denselben Satz aufgenommen hat. Ich wußte nun nicht, wo mir irgend eine Handlung nachgewiesen werden könnte, die mit diesem Verhalten in Widerspruch steht. Der Abg. Richter mag sehr wenig von mir halten, ich kann ihn nicht zu einer besseren Überzeugung zwingen, ich wünsche aber, daß er nicht Auseinandersetzung, ohne auch die entgegengesetzte Seite zu zeigen, damit meine Persönlichkeit in dem richtigen Licht erscheine. Bei dieser Gelegenheit wirft der Abg. Richter der Regierung vor, daß sie unwirtschaftliche Bahnen gegründet habe; er versteht darunter wohl solche Bahnen, die ihr Anlagekapital nicht verzinzen, resp. keine Ueberschüsse in die Staatsfasse liefern. Es sind allerdings von mir diesem Hause Bahnanlagen vorgeschlagen worden, wo wenigstens für eine nahe Zeit eine Rentabilität nicht vorausgesetzt werden kann. Nach der Ansicht der Regierung hat der Staat auch die Aufgabe zu erfüllen, Landschaften, welche

nicht genug eigene Kraft besitzen, um sich selbst bezüglich des Verkehrsweisen zu helfen, wenn das Bedürfnis vorliegt, zu Hilfe zu kommen. Der Vortheil des Staates aus den Eisenbahnen bestimmt sich nicht blos nach der direkten Rente, sondern auch nach den Vortheilen, welche dem Lande durch die Verstärkung der Steuerkraft, durch Vermehrung des Verkehrs, Hebung der Industrie u. s. w. erwachsen. (Sehr richtig!) Um so auffälliger muß in dem Munde des Abg. Richter der Vorwurf erscheinen, daß lange nicht genug für die Belebung des Lokalverkehrs gegeben sei. Die wesentlichste Bedeutung mancher der Ihnen von uns vorgeschlagenen Bahnen liegt in diesem Lokalverkehr. Wir sind auch der Aufforderung des Herrn Abg. Richter, unserer Einfluss zu Gunsten der Provinz Preußen zu verwenden, gefolgt, wir haben dort Bahnanlagen vorgeschlagen. Sollte das hohe Haus meinen, daß z. B. die Bahn Lübeck-Müllrose, oder die Brücke bei Graudenz, oder die Bahn Posen-Bielgard u. s. w. unwirtschaftliche Bahnen seien, so ist die Lage dieser Bahnen noch der Art, um Ihre Beschlüsse rückgängig machen zu können. Es ist abzuwarten, ob etwa der Herr Abg. Richter mit seinen Parteifreunden aus Preußen diesbezügliche Anträge stellt. (Heiterkeit) Es sind das wesentlich lokale Bahnen, die nach den Erfahrungen anderer Länder, wenn sie nicht gerade durch industrielle Gegenden geben, nicht oder nur gering rentieren. Der Abg. Richter warnt ferner das Haus gewissermaßen, sich nicht auf das Gebiet der Phantasie zu begeben. Er sagt: „Die Regierung stellt alle möglichen günstigen Erfolge in Aussicht, wenn erst das Reichseisenbahnssystem begründet sein wird. Wenn billigen Tarifen würden sich die Bahnen angemessen verzinsen.“ Hat die Regierung Derartiges aber in Aussicht gestellt? Hat sie gefragt, daß alle Bahnen mit einem Male beseitigt werden können? Es ist dies keineswegs geschehen und ich muß vor einer derartigen Auffassung warnen. Wir glauben, daß durch eine einheitliche Leitung große Verbesserungen im Eisenbahnwesen eintreten werden, Erleichterung des Verkehrs und Einsparung von Kosten; aber wir sind nicht der Meinung, Phantasiereiche, wie sie etwa die Presse in Aussicht stellt, zu erfüllen. Wenn der Abg. Richter nebenbei auf die von mir angeordnete Herabsetzung der Gültigkeit von Retourbillets auf 2 Tage hingewiesen hat, so möchte ich ihn daran erinnern, daß von der Köln-Mindener Bahn vom 1. Oktober 1875 ab die Gültigkeit der Retourbillets von 3 auf 2 Tage herabgesetzt ist, daß die Berlin-Anhalter, Berlin-Stettiner, Berlin-Magdeburger, Berlin-Leipziger, Berlin-Halberstädter, Berlin-Hamburger Bahn im vorigen Jahre dasselbe gethan haben, und daß in der Konferenz des Tarifverbundes in Braunschweig beschlossen wurde, die Gültigkeitsdauer der Retourbillets überhaupt auf den Tag der Ausgabe zu befrachten. Und wenn Sie nun hören, daß ich den Mittelweg einschlagen und die Dauer auf zwei Tage zugelassen habe, so werden Sie jedenfalls eine bessere Meinung von mir bekommen. Man brauchte mir gegenüber auch nicht die Bedeutung der Privatbahnen zu vertheidigen. Wir wissen sehr wohl, was je in der Vergangenheit geleistet haben; wohl aber wiederholen wir hier, es ist absolut notwendig, das Staatsbahnenetz zu konsolidieren. Wenn ich den Abgeordneten Richter recht verstehe, so will er keine Konsolidation der Staatseisenbahnen, keine Vermehrung des Staatseisenbahnenes und seine unmittelbare Aussicht des Reiches über die Bahnen. Wenn man aber eine derartige Auffassung thält, so kann man nur den Rath geben, die Staatsbahnen zu verkaufen, zu diesem Ziele muß man kommen. Die Regierung will aber mit dieser Vorlage nur die Verfassung des Reichs zur Wahrheit machen. (Hört! hört!) Der Abg. Richter meint, daß man auch durch andere Mittel zu diesem Resultate kommen kann und verweist auf ein Reichseisenbahnsgesetz. Bekanntlich sind zwei Versuche gemacht, der eine unter dem Präsidenten von Scheele, der andere unter dem Präsidenten Maybach. Die beiden Entwürfe unterscheiden sich darin, daß der erste nur ein mittelbares Aufsichtsrecht des Reiches über die Eisenbahnen anerkannt wissen will und daß in erster Linie das Aufsichtsrecht durch die Einzelstaaten und erst in zweiter Linie durch das Reich ausgeübt werden müsse; während der zweite Entwurf direkt und entschieden den Grundfaß der unmittelbaren Aufsicht des Reichs zur Anwendung bringt. Ich selbst kann nach den verschiedenartigen und reichen Erfahrungen, die ich auf diesem Gebiet gemacht habe, nur mit aller Entscheidlichkeit aussprechen, daß ein Nebeneinanderwirken der Behörden der einzelnen Staaten und Reichsbehörden in Bezug auf das Aufsichtsrecht auf die Dauer eine positive Unmöglichkeit sei. Es lassen sich bei diesem Nebeneinanderwirken nun und nimmermehr glückliche Zustände herbeiführen. (Sehr wahr!) Gerade dieser Zustand wird, ohne daß die beteiligten Personen es vielleicht wollen, zu einer Quelle fortgesetzter Neubereiten, ganz abgesehen davon, daß auf einem Gebiete, wo doch vorzugsweise die Schnelligkeit herrschen soll, durch die Briefbeschreiber und Kompliziertheit der Behörden alle Geschäfte in einer Weise verlängert und verzögert werden müssen, die selbst auf einem Gebiete, wo Promptheit und Kürze der Zeit weniger dringend nötig sind, nicht geduldet werden kann. (Sehr wahr!) Zustimmung! Ich muß daher als preußischer Handelsminister nochmals positiv aussprechen, daß ein derartiger Weg, wo ein gleichzeitiges Nebeneinanderwirken der Einzelstaaten und der Reichsbehörden stattfindet, von uns nicht beschritten werden kann. Daß unsere Vorläufe, wie sie in dem zweiten Entwurf niedergelegt waren, auf Widerstand stoßen würden, war ja natürlich und vorauszusehen, und vom Standpunkt der Einzelstaaten läßt sich dieser Einwurf, wie er tatsächlich gegen den zweiten Entwurf erhoben wurde, leicht vertheidigen. Wenn beispielweise eines der Mitglieder jener Konferenz ausgesprach: „Jede Erweiterung des Aufsichtsrechts des Reiches greift in das Besteuerungsrecht der Landesregierungen ein. Es handelt sich aber bei Übertragung des Aufsichtsrechts auf das Reich in jenen Bundesstaaten, die überwiegend Staatsbahnen haben, zugleich um die Übertragung solcher Befreiungen, welche die Regierung mit den Ständen des Landes thut; das ständige Kontrolrecht und Steuerbewilligungsrecht wird erheblich beeinträchtigt, wenn die allgemeine Aufsicht über die Eisenbahnen auf das Reich übertragen wird,“ so sind diese Bedenken vom Standpunkt der Einzelstaaten wohl erklärlich. Es ist behauptet worden, die preußische Regierung habe anderen Staaten in dieser Vorlage bezüglich ihres Verhaltens Vorwürfe gemacht. Dies ist unrichtig. Die preußische Regierung versteht diesen Standpunkt und weiß ihn zu würdigen. Andererseits aber ist es eine Forderung des deutschen Volkes, daß das deutsche Eisenbahnwesen auf den neueren Grundlagen im Interesse des Verkehrs regulirt wird, und daß die Bestimmungen der Reichsverfassung verwirklicht werden. (Lebhafter Beifall, links.) Wenn man aber dem Reichstag einen Entwurf unterbreiten würde, wonach das Reich lediglich auf eine Kontrolirung der bestehenden Verhältnisse in Deutschland befrüchtet würde, so wird ein solcher Entwurf die Billigung des Reichstags nicht finden; es würden vielmehr die heftigsten Angriffe gegen die Reichsregierung gerichtet werden, weil sie Pflicht dem Lande gegenüber nicht erfüllt. Das deutsche Volk verlangt, wenn ein Gesetz über die Beaufsichtigung des Eisenbahnwesens erlassen wird, daß dann die Reichsaufsicht in unmittelbar

ster Weise sich gestaltet. Steht nun dieser Anspruch des deutschen Volkes im Widerspruch mit den Einwendungen der Bundesregierung, so muß eine Lösung versucht werden, durch welche man beiden Theilen gerecht wird. Im bundesfreundlichsten Sinne, unter der größten Berücksichtigung der Sonderinteressen der Bundesglieder, ist die preußische Regierung mit dem gegenwärtigen Vorschlag vorgegangen. Wir überlassen unseren Bundesgenossen, ob sie uns auf diesem Wege zur Lösung der Sache ihrerseits ebenfalls folgen wollen. Kommen sie zu dieser Überzeugung nicht, so wird Niemand ihre Entschlüsse zu beeinflussen versuchen. Wir haben nach rechter Überzeugung geglaubt, Ihnen diesen Vorschlag machen zu sollen. Indem die preußische Regierung diesen Vorschlag dem hohen Hause unterbreitet, handelt es sich einmal darum, die Forderung der Verfassung zu erfüllen, andererseits eine Lösung der Frage herbeizuführen, ohne dabei berechtigte Interessen Anderer zu schädigen. Der Abgeordnete Richter sagt, daß gerade durch diesen Vorschlag wieder herbeigeführt werde, was man beispielweise durch die Errichtung des Reichseisenbahnnetzes habe befehligen wollen, daß wenn die Übernahme dieser Verwaltung die Kenntnis der Verhältnisse bei den Reichsbehörden auf der einen Seite vermehre, auf der anderen Seite mit der besseren Erkenntnis die Unschuld verloren gehe. (Heiterkeit) Ich meine mit dem Abg. Richter zunächst, daß der Reichstag diese Frage zu erwägen und daß er seinerseits die erforderlichen Maßnahmen zu treffen haben wird. Andererseits muß ich aber sagen, daß diejenigen, die damals einen lebhaften Anteil an der Schaffung des Reichseisenbahnnetzes genommen haben, beispielweise der Abgeordnete Richter, keineswegs einen Widerspruch darin finden werden, wenn die Reichsgenossen sich im Besitz der Eisenbahnen befinden. Wenn die Behauptungen des Abgeordneten Richter richtig sind, so gehört zu einer schöpferischen Tätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens die Verwaltung von Bahnen. Weil wir keine Scheinaufsicht, sondern eine wirkliche Tätigkeit der Reichsbehörde wollen, schlagen wir diesen Weg ein. Wenn der Abgeordnete Richter ferner gegen unsere Vorlage vorbringt, daß die lokalen Interessen durch dieselben gefährdet werden, so ist dies nicht richtig, da ja bei Annahme des Entwurfs die einzelnen Staaten immer noch die Befugnisse haben, lokale Bahnen zu bauen und solche sogar an Dritte zu konzessionieren. Was außerdem die erwähnten Differenzialtarife anbetrifft, so werden wir dieselben, da wir wirtschaftliche Interessen im Inlande durch dieselbe zu pflegen sind, nicht beseitigen können; aber es läßt sich auch nicht verkennen, daß eine einheitliche Leitung durch das Reich derartige Tarife wird beseitigen müssen, wo sie die Interessen des Landes schädigen. Sowohl die Reichsbehörde, wie die preußische Landesbehörde hat diesem Gesetzstand ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet. Preußen ist aber um so mehr in der Lage, dem Reich ein derartiges Anerbieten bezüglich seiner Bahnen zu machen, als dieser Staat sich in der Nothwendigkeit befindet, wie die beschlossenen Vorlagen des vorigen Jahres beweisen, seinen Staatsbesitz zu konsolidieren. — Dies Moment führt mich auch auf einen zweiten Punkt, der in der Vorlage kurz berührt ist, und den ich erwähnen will. Es ist dies die Konsolidierung unseres Staatsbahnenes. Der Abg. Richter hat gegen die Vorlage angeführt, daß sie das ausschließliche Staatsbahnenes als Prinzip aufstellt, das steht aber in der Vorlage nicht. Wir haben zwar das Bedürfnis unser Staatsbahnen auszudehnen und zu konsolidieren, keineswegs aber alle Privatbahnen für den Staat oder das Reich zu erwerben. Die Lösung dieser Frage überlassen wir den künftigen Generationen. Nun wird die Absicht der Regierung als eine solche hingestellt, welche mit allen guten wirtschaftlichen Traditionen breche. Ich könnte vieles für das Gegenteil aus unserm um das Eisenbahnwesen verdienstlichen Vergangenheit anführen, beschränke mich aber auf die Erwähnung dessen, was in dieser Beziehung auf dem vereinigten Landtage des Jahres 1847 verhandelt wurde. Damals haben sich dem früheren Finanzminister von Bodelschwingh gegenüber in Müllrose auf die bekannten Verhandlungen des Jahres 1842 über die Gestaltung unseres Eisenbahnwesens, wobei durch die Übernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beteiligung seitens des Staats an den Bahnen die Amortisation des Aktienkapitals, also ein ähnliches Ziel wie unser jetzige, erzielt wurde, Männer wie die Abg. Hansemann, v. d. Heydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochverehrte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatsbahnenes ausgesprochen. Mit feiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835, welche sicherlich ausgegangen ist von einem Manne, der im Lande hochgeachtet steht und demselben vielleicht genügt hat. (Rufe: Wer ist der Verfasser?) Ich vermute, daß es der spätere Finanzminister Campbullen war. (Heiterkeit) Ich bringe jetzt Belege aus der neueren Zeit. In der Eisenbahn-Tarifreform-Enquete-Kommission, wo verschiedene Separativota abgegeben wurden, erklärten die Herren von Wedell und Stumm, „die Verkehrsinteressen erheben immer geheimer, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tarifsystem eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarife gegeben werden soll, wobei durch die Übernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beteiligung seitens des Staats an den Bahnen die Amortisation des Aktienkapitals, also ein ähnliches Ziel wie unser jetzige, erzielt wurde, Männer wie die Abg. Hansemann, v. d. Heydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochverehrte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatsbahnenes ausgesprochen. Mit feiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835, welche sicherlich ausgegangen ist von einem Manne, der im Lande hochgeachtet steht und demselben vielleicht genügt hat. (Rufe: Wer ist der Verfasser?) Ich vermute, daß es der spätere Finanzminister Campbullen war. (Heiterkeit) Ich bringe jetzt Belege aus der neueren Zeit. In der Eisenbahn-Tarifreform-Enquete-Kommission, wo verschiedene Separativota abgegeben wurden, erklärten die Herren von Wedell und Stumm, „die Verkehrsinteressen erheben immer geheimer, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tarifsystem eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarife gegeben werden soll, wobei durch die Übernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beteiligung seitens des Staats an den Bahnen die Amortisation des Aktienkapitals, also ein ähnliches Ziel wie unser jetzige, erzielt wurde, Männer wie die Abg. Hansemann, v. d. Heydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochverehrte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatsbahnenes ausgesprochen. Mit feiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835, welche sicherlich ausgegangen ist von einem Manne, der im Lande hochgeachtet steht und demselben vielleicht genügt hat. (Rufe: Wer ist der Verfasser?) Ich vermute, daß es der spätere Finanzminister Campbullen war. (Heiterkeit) Ich bringe jetzt Belege aus der neueren Zeit. In der Eisenbahn-Tarifreform-Enquete-Kommission, wo verschiedene Separativota abgegeben wurden, erklärten die Herren von Wedell und Stumm, „die Verkehrsinteressen erheben immer geheimer, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tarifsystem eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarife gegeben werden soll, wobei durch die Übernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beteiligung seitens des Staats an den Bahnen die Amortisation des Aktienkapitals, also ein ähnliches Ziel wie unser jetzige, erzielt wurde, Männer wie die Abg. Hansemann, v. d. Heydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochverehrte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatsbahnenes ausgesprochen. Mit feiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835, welche sicherlich ausgegangen ist von einem Manne, der im Lande hochgeachtet steht und demselben vielleicht genügt hat. (Rufe: Wer ist der Verfasser?) Ich vermute, daß es der spätere Finanzminister Campbullen war. (Heiterkeit) Ich bringe jetzt Belege aus der neueren Zeit. In der Eisenbahn-Tarifreform-Enquete-Kommission, wo verschiedene Separativota abgegeben wurden, erklärten die Herren von Wedell und Stumm, „die Verkehrsinteressen erheben immer geheimer, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tarifsystem eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarife gegeben werden soll, wobei durch die Übernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beteiligung seitens des Staats an den Bahnen die Amortisation des Aktienkapitals, also ein ähnliches Ziel wie unser jetzige, erzielt wurde, Männer wie die Abg. Hansemann, v. d. Heydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochverehrte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatsbahnenes ausgesprochen. Mit feiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835, welche sicherlich ausgegangen ist von einem Manne, der im Lande hochgeachtet steht und demselben vielleicht genügt hat. (Rufe: Wer ist der Verfasser?) Ich vermute, daß es der spätere Finanzminister Campbullen war. (Heiterkeit) Ich bringe jetzt Belege aus der neueren Zeit. In der Eisenbahn-Tarifreform-Enquete-Kommission, wo verschiedene Separativota abgegeben wurden, erklärten die Herren von Wedell und Stumm, „die Verkehrsinteressen erheben immer geheimer, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tarifsystem eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarife gegeben werden soll, wobei durch die Übernahme von Zinsgarantien und durch quotenweise Beteiligung seitens des Staats an den Bahnen die Amortisation des Aktienkapitals, also ein ähnliches Ziel wie unser jetzige, erzielt wurde, Männer wie die Abg. Hansemann, v. d. Heydt und sogar Parteigenossen des Abg. Richter, wie der hochverehrte Hartort, für die Nothwendigkeit der Ausdehnung des Staatsbahnenes ausgesprochen. Mit feiner Ironie wird derselbe Gedanke dargelegt in einer Broschüre aus dem Jahre 1835,

Berhältnisse auf diesem Gebiet im Sinne der Reichsverfassung unter Schonung der bestehenden anderweitigen Interessen, insbesondere auch unserer Bundesgenossen, und 2) eine derartige Ausdehnung des Staatsseisenbahnsystems, daß dadurch die öffentlichen Interessen nach allen Seiten hin gewahrt werden. Nehmen Sie die Vorschläge der Regierung an, so werden Sie Ihr Votum im Sinne der Reichsverfassung abgeben haben (Beifall).

Abg. Berger: Wenn man den Minister Achenbach hört, so könnte Jeder zur Ansicht kommen, als wenn die Gegner die Vorlage ausnahmslos Anhänger der Privatbahnen seien, und wenn ich noch die Erklärungen der offiziösen Presse hinzunehme, so werde ich lebhaft an einen Vorgang erinnert, den ich vor mehr als einem Decennium von der Tribune des Hauses als Zuschauer mitanfaßt, als zur Zeit der neuen Ära der betreffende Minister seine Rede mit den Worten schloß: "Wer seinen König und sein Vaterland liebt, der wird für die Vorlage stimmen", worauf der nächste Redner der Abg. v. Blanckenburg, ein Freund des jetzigen Minister-Präsidenten Fürsten Bismarck, seine Erwiderung folgendermaßen begann: "Ich liebe meinen König und mein Vaterland und werde gegen die Vorlage stimmen." Ebenso wurde jetzt von der offiziösen Presse ausgesprochen, wer ein Freund der Eisenbahnen und ein reichsteuer Bürger sei, müsse für die Vorlage stimmen, und ich erkläre dem gegenüber, als ein ehrlicher Freund der Eisenbahnen, als ein Mann, der dem Fürsten Bismarck dankbar dafür ist, daß er in der Einigung Deutschlands die Ideen zur Erfüllung gebracht hat, die meine Partei stets vertreten: ich werde gegen die Vorlage stimmen. Wenn ich mir nun dieselbe ansehe, so muß ich mir sagen, daß heutzutage derartige Projekte nicht fertig entstehen, wie Minerva aus dem Kopfe des Zeus. Von nem ist denn nun eigentlich der Gedanke dazu ausgegangen? Im Jahre 1867 bei Aufstellung der norddeutschen Bundesverfassung wäre dazu doch eine so günstige Gelegenheit gewesen, und Niemand ist damals auf diesen Gedanken gekommen; 1871 war eine neue passende Gelegenheit dazu und man hat den Gedanken dennoch mit feiner Silbe berührt; weiterhin, als die große Korruption im Eisenbahnwesen eingetreten war, und der Abg. Lasker sich das große Verdienst erwarb, dieselben aufzudecken, hat er kein Wort von jener Idee gesprochen; es wurde dann die Untersuchungskommission eingestellt, und Sie finden in dem voluminösen Bericht derselben nirgends, daß der Staat Eigentümer und General-Entrepreneur aller Eisenbahnen werden möchte, man kam wohl auf Erörterung einer Vereinfachung der unerträglichen Thatfache, daß der Staat gleichzeitig Eigentümer von Bahnen ist, und die Oberaufsicht über die Privatbahnen hat; aber von Kauf und Verkauf der Eisenbahnen, wie es jetzt projektiert worden, ist nirgends die Rede gewesen; ebenjewenig, als im Jahre 1873, das Reichseisenbahngesetz eingerichtet wurde; auch 1875 bei der großen Tarifdiskussion verfiel man nicht auf diesen Gedanken, sondern es wurde die vorhin erwähnte Tarif-Enquete-Kommission unter dem Vorsitz des Herrn v. Wedell-Malchow eingesetzt. Nun hat allerdings der Minister Achenbach vorhin eine Stelle vorgelesen, in der von dem Herrn v. Wedell jenem Gedanken Ausdruck gegeben wird, aber ich glaube bei aller Hochachtung, die ich vor meinem verehrten Gönner v. Wedell habe, nicht, daß er der eigentliche Vater des Gedankens ist; ich glaube, daß er, indem er den Gedanken aussprach, mehr empfanger, weiblicher Natur gewesen ist (Heiterkeit), und es war mir die Bemerkung des Kollegen Richter gestern sehr interessant, daß ein Herrenhausmitglied der Vater gewesen ist. Ich will nun dessen Verdienste in keiner Weise schwächen, aber ich glaube, daß einer meiner Wähler, ein unverworbenen westfälischen Landmann, in Bezug auf die Vaterschaft des Gedankens viel näher gekommen ist, wie Graf Stolberg, indem er sagte: ich glaube, der Herr Präsident des Reichseisenbahnmastes hat seinen Entwurf des Reichseisenbahngesetzes nicht so zur Annahme bringen können, als er gern wollte, und da hat er sich hinter den Reichskanzler gestellt, und da derselbe augenblicklich keine große Frage in der Hand hat — die Klerikalen sind ja auf dem Rücken — (Heiterkeit), so hat er mit Begierde das aufgegriffen, und so ist die Vorlage entstanden. Ich habe die Mitteilungen entgegennehmen müssen und bin schließlich bei dem lateinischen Worte stehen geblieben: *mater certa, pater semper incertus* (Heiterkeit). Ich habe übrigens bei meiner Reise nach Westfalen dort ebenjewenig wie hier die große Bewegung gefunden, welche nach der offiziösen Presse diese Frage hervorgerufen haben soll, sondern man ist dort im Allgemeinen Anhänger des gemischten Systems, das uns so viele Bahnen verdiest hat. Bei dem Studium der Vorlage fiel mir formell sofort auf, daß seit meiner 11jährigen parlamentarischen Praxis kein Gesetz von dieser Wichtigkeit in einem so einfachen Kleide uns vorgelegt worden, wie dieses: das Bezeichnen, die Altherkömmliche Ermächtigung und der Entwurf selbst tragen von ministerialer Seite nur die Unterschrift Dr. Achenbach — Achenbach vorne, Achenbach hinten und Niemand dahinter (Heiterkeit); nach dem bisherigen Ufus hätten doch mindestens die beiden interessirten Minister und der Ministerpräsident unterzeichnet müssen. Was den Minister anbetrifft, der die Verantwortlichkeit allein übernommen hat, so konnte ich bei dessen Antezedenz dies für sehr möglich halten; doch wenn mein Kollege Richter daraus seine Privatmeinung zieht, daß er den Ausführungen des Herrn Ministers keine hohe Bedeutung heizulegen, besonders da die Erklärungen derselben, in denen er sich als entschiedener Anhänger des gemischten Systems hinstellte, in dem solennem Momente seiner Vorstellung im Abgeordnetenhaus am 15. März 1873 abgegeben wurden. Der Herr Minister hat allerdings heute wiederum, wenn auch mit bedeutender Reserve eine ähnliche Erklärung abgegeben, aber ich glaube, daß dies, ebenso wie vom Reichskanzler, nur Tattif war, wenn man sich gegen den Gedanken sträubte, als ob nicht blos die Staats-, sondern auch Privatbahnen an das Reich übergeben sollten. Herr Kollege Lasker hat gestern gefragt, wir möchten das Gefechtsfeld nicht weiter ausdehnen, sondern uns an die Vorlage halten. Wenn wir ihm diesen Gefallen thäten, so würde dies außerst angehoben für ihn sein, und wir würden auf den Kern, die Unifikation aller Bahnen mit dem Reich, gar nicht kommen. Er erinnert mich da unwillkürlich an einen jungen Mann, der den Vater seiner Geliebten um die Einwilligung zur Verlobung bittet und als der Vater fragt: "Ja, wie ist es denn mit der Verheirathung und auf welche Weise willst du die aus dieser Ehe hervorgehenden Kinder erhalten?" desselben dann antwortet: "Um diese Frage handelt es sich vorläufig noch nicht; geben Sie mir Ihre Zustimmung zur Verlobung." (Sehr gut! Große Heiterkeit.) Man hebt jetzt die Vorzüge der Staatsbahnen bis in den Himmel, ohne die Privatbahnen irgend zu erwähnen. Ich bin gewiß ein Anhänger der Staatsbahnen, aber wenn man Alles vergehen will, was die Privatbahnen für das Land geleistet haben, dann zwingt mich mein Gerechtigkeitsinn Zeugnis für sie abzulegen. Wie wäre es dem kapitalarmen Deutschland möglich gewesen, so viel Bahnen zu bauen, wenn nicht das Privatkapital eingetreten wäre? Der preußische Staat hat ziffermäßig gar nichts für die Privatbahnen geleistet, sondern eine reichliche Einnahmequelle aus derselben gehabt. In den letzten 30 Jahren sind dem Staate aus den Zinsgarantien und dem Anteil am Kapital große Einnahmen erwachsen. Frankreich setzt bei seinem System jährlich enorme Summen aus Staatsmitteln zu und Belgien faßt sich genötigt, vom reinen Staatsbahnsystem zum gemischten überzugehen. Ähnlich stellt sich das Verhältnis in Holland und der Schweiz. Ich gebe in einzelnen Fällen den Motiven Recht, welche die Konkurrenzbahnen eine Verhinderung des Kapitals nennen. Das Gesetz vom Jahre 1838 verbietet Konkurrenzbahnen im Interesse der Privatbahnen, was vielleicht damals seine Berechtigung hatte. Der Artikel 41 der Reichsverfassung des Jahres 1867 hob dieses Verbot auf. In Folge dessen entstanden Konkurrenzbahnen, die besser unterblieben wären. Eine solche Kapitalvergängung kommt auch auf anderen Gebieten vor und sie wäre wohl unerhörlich, wenn die Regierung, dem Wunsche des Hauses gemäß, einen Eisenbahnbauplan entworfen, dem Hause zur Genehmigung vorgelegt und die Konzessionsnachsucher auf denselben verwiesen hätten. Das hätte, obwohl es sehr schwierig ist, viel genutzt. Die Motive sind des Lobes für die Staatsbahnen voll und nach den Ausführungen des Handelsministers sollte man glauben, daß wenn wir nur Staatsbahnen hätten, das tausendjährige Reich der Glückseligkeit für die Bahnen sei gekommen. Solche Phantasien werden durch die nüchterne Wirklichkeit zerstört, und unsere preußischen

Staatsbahnen, die nicht bewunderungswürdig sind, übertreffen noch die britisches, wo es doch nur Staatsbahnen gibt. In Rheinland und Westfalen wird Ihnen aber jeder Mensch die Köln-Mindener Bahn, welche eine Privatbahn ist, als die bestverwaltete nennen. In diesem Sinne hat sich der Handelsminister bereits wiederholentlich ausgesprochen. Ich könnte Ihnen viele Beispiele vor dem energischen Vorgehen der Privatbahnen und dem schlaffen vieler Staatsbahnen geben. Vor mehreren Jahren war, wie Sie wissen, die günstige Konjunktur für die Eisenindustrie und Jeder suchte damals die hohen Preise zu nutzen, um Eisen zu verkaufen. Was soll man nun dazu sagen, wenn vor mehreren Monaten eine Annonce einer königlichen Eisenbahnverwaltung erlassen wurde, worin diese ein Quantum alten Eisens in der enormen Höhe von 12,644,000 Pfund offerierte, eine Menge, die seit mehreren Jahren liegen geblieben war einfach aus dem Grunde, weil Niemand in der Direktion hieran gedacht hatte, und der Bahn ist aus der Nichtbenutzung jener Konjunktur ein Schaden von 100,000 Thaleren erwachsen, und das ist doch bei dem jetzigen Stande der Dividenden kein geringer Ge-genstand. Die Verwaltung stellt sich bei den Privatbahnen um 10 Prozent niedriger als bei den Staatsbahnen; Herr Ministerialdirektor Weishaupt suchte allerdings neulich das Gegentheil darzulegen, indem er sagte, daß sowohl Staats- wie Privatbahnen nur mit Wasser fahren; das ist allerdings richtig, aber nur mit dem einen Unterschiede, daß die Privatbahnen weniger Röcke dazu gebrauchen. (Heiterkeit.) Nun glaubt man, daß mit der Zentralisierung die Kosten sich vermindern würden. Dies ist allerdings in Bezug auf die Details der Fall, aber andererseits wird das leitende Personal bedeutend erhöht. Ganz ähnlich verhält es sich auf anderen industriellen Gebieten, z. B. in der Eisen-Industrie, und ich kann Ihnen hier ein eindrückliches Beispiel anführen. In Westfalen suchte man drei lokal völlig getrennte Eisenwerke einheitlich zu verbinden. Man ging von dem Grundsatz aus: Je größer die Kapitalien, je bedeutendere Leistungen. Man schuf daher Dortmund-Union, indem man drei räumlich auseinander liegende und für sich allein hinlänglich große Werke kombinierte und so ein Ungehüm von Unternehmen bestellte. Sie kennen alle das Resultat dieser über die Gebühr hinausgehenden Zentralisation. Dieselbe Erfahrung werden Sie auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens machen. Dass das Maß dessen, was von einem Punkte verwartet werden kann, wie der Abg. Richter sagt, nicht 1500 Kilometer überschreiten dürfe, daß sehen Sie an der Einsetzung der Eisenbahnbetriebs-kommissionen bei unseren Staatsbahnen selbst. Außerdem müssen wir zugeben, daß auf technischem Gebiete bei den Privatbahnen viel weiter gehende Fortschritte gemacht sind, als wie bei den Staatsbahnen. Wem verdanken wir denn den großen Fortschritt des Einpfennigtarifs? Der Abg. Hammacher, von dem die Initiative ausging, hat viel mehr Unterstützung für seine Zwecke bei den Privatbahnen als bei den Staatsbahnen gefunden. Ich muß ferner erwähnen, was der Abg. Richter auch berührte, daß, je mehr der Staat Industrie treibt, in dem Beamtenkörper, auch wenn er sonst noch so gut verwahrt ist, für Korruption Gelegenheit findet. (Sehr wahr!) Ein entschiedener Anhänger der Regierungsvorlage im Reichstage fragte mich, ob ich ihm nicht ein Universalgeme für die Eisenbahnen, wie es Stephan für die Post ist, vorschlagen könne, und zu meinem Bedauern mußte ich es verneinen, da die Zentralisation zu groß ist und über die Kräfte des Einzelnen hinausgeht. Wenn das wahr ist, dann werden wir später eine gleiche Verwaltung haben, wie jetzt, oben Gerichtsassessoren, die für das Amt nicht vorbereitet sind und das technische Element zurückdrängen, und unten zivilversorgungsberechtigte Unteroffiziere. (Heiterkeit.) Mit einem solchen Personal können Sie eine große Staats-Industrie nicht leiten. Ich komme jetzt zu der Tariffrage; denn man hat höhere Frachten in Aussicht gestellt, wenn nicht alle Eisenbahnen Eigentum des Reiches würden. Dennoch ist es nicht gelungen, die Interessenten zu einer Agitation für die Vorlage zu bewegen. Der Abg. Richter hat bereits gestern nachgewiesen, daß es nicht die Privatbahnen waren, von denen die Tariferhöhung ausgegangen ist. Bayern ging 1873 mit seinen Staatsbahnen daran voran, Württemberg und Preußen folgten. Eine einheitliche Tariffestsetzung ist nicht möglich, wenn die Staatsbündñe für dieselbe maßgebend sind. Ist doch auch unser Eisenbahnfonds zur Amortisation des Privatattentatkapitals von den Kosten der Militärorganisation aufgezehrt worden. Ahnliche Erfahrungen haben wir im Jahre 1865 mit der Amortisationsbefreiung der Köln-Mindener Bahn und im Jahre 1866 mit dem Verkauf der westfälischen Staatsbahn gemacht. Das Extraordinarium für die Eisenbahnen ist in diesem Jahre bei uns zehnmal geringer als 1875, weil nach der Ansicht des Handelsministers die Eisenbahnen sich nach den allgemeinen Bedürfnissen des Staates zu richten haben. Genau so wird es bei den Reichseisenbahnen sein und bei der Vorliebe des Reichskanzlers für indirekte Steuern wird er in den Eisenbahnarten eine geeignete Schraube haben. (Sehr richtig!) Die Kleinstaaten sind gegen das Projekt; wird dasselbe aber im Reichstage angenommen, so werden die Mittelstaaten möglichst hohe Beträge aus ihren Bahnen zu ziehen suchen, um die ihnen verhafteten Matrikularkarträge zu vermindern. Auf die Höhe des Aufkapsitals will ich nicht weiter eingehen; ich kann nur das sagen, daß von einer landesüblichen Verkürzung keine Rede sein kann. Von einigen Seiten wird die Aufhebung der Differentialtarife erwartet; davon kann aber keine Rede sein, und ich freue mich, daß die Anhänger der Regierungsvorlage diese Illusion selbst zerstört haben. Keiner der Vorredner hat aber über den Tenor der Regierungsvorlage selbst geprahlt, ich will daher darüber noch Einiges sagen. Der erste Satz lautet: "Die Staatsregierung ist ermächtigt mit dem deutschen Reichsverträge abzuhandeln, durch welche" und nun folgen die Positionen 1 bis 5. Wollen Sie nun aber diese kolossale Vollmacht ad infinitum ertheilen, oder dieselbe auf eine gewisse Zeitdauer einschränken. Es kann doch nicht Ihre Absicht sein, daß, wenn der nächste Reichstag die Vorlage etwa ablehnt, das Gesetz immer fortduere. Wenn es ferner heißt: "es sollen gegen angemessene Entschädigung die preußischen Staatsbahnen auf das Reich übergehen", so ist das ein sehr relativ elastischer Ausdruck. Versteht man darunter den Satz für die Bauosten, die doch bei unseren Eisenbahnen noch ganz und gar nicht festgestellt sind? Oder beruht die "angemessene Entschädigung" darin, daß der jetzige Wert der in Betrieb befindlichen Bahnen bezahlt wird, oder wollen Sie eine Kapitalisierung des Ertrages aus den letzten 5 oder 6 Jahren vornehmen? Der angemessene Kaufpreis, den der preußische Partikularstaat erhalten soll, muß doch natürlich consensu beider Theile limitirt werden; aber auf Seiten des Reiches spielt dabei ein Faktor mit, der sich in Anlehnung der Eisenbahnen seine Reservatrechte vorbehalten hat. Das ist Bayern. Und was die neuen Bahnen betrifft, die wir in den letzten vier Jahren in so reicher Fülle und mit so großem Kapital bewilligt haben, soll das Reich diese Bahnen infl. Bösen, Hinterpommern und Hannover-Harburg auszuführen verpflichtet sein, oder soll es nach seinem Gutdünken hierbei verfahren können? Wenn es ferner in den Motiven heißt, daß in Bezug auf die neuen Eisenbahnauten die Einzelstaaten oder Preußen nicht behindert werden sollen, so würde das allerdings auch zu schlimm sein. Wo soll man aber nach Entziehung des Hauptfaktors das Geld zu neuen Eisenbahnauten herbekommen? In den letzten 5 Jahren beruht unsere ganze Eisenbahnpolitik darin, daß die gut rentirenden Bahnen die schlecht rentirenden und neu anlegenden in den ersten Jahren mit durchziehen müssen. Wenn nun aber der preußische Staat die gut rentirenden Bahnen an das Reich übertragen soll, dann werden ihm die Fonds zu neuen Bahnbauten entzogen. Gibt diese Vorlage durch, dann können Sie, und namentlich in den östlichen Provinzen — ich mache Sie darauf aufmerksam — dann können Sie für lange Jahre mit dem Eisenbahnbau in jeder Beziehung abschneiden (Zustimmung), denn daß Sie in Kreisen und Provinzen die Fonds für so kostspielige Bauten aufbringen, muß ich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse bezweifeln. — Die Debatte hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob die Gegner der Vorlage dargestellt werden als radikale Anhänger der Privatbahnen, die der Ausführung der Artikel 41 bis 47 der Reichsverfassung stracks entgegen sind. Anders war der Schluss der gestrigen Rede des Reichskanzlers gar nicht zu verstehen. Ich habe erklärt, daß wir die Ausführung dieser Artikel ebenso energisch, wie die Ema-

nation eines Eisenbahngesetzes wollen, aber daß wir uns sträuben, die Reform auf dem hier vorgeschlagenen Wege vorzunehmen. Das ist die ganze Differenz. Steht denn in jenen Artikeln ein Wort von dem Anlauf eines so großen Eisenbahnkomplexes durch das Reich? Diese Artikel sind bekanntlich — wie ich schon öfter im Reichstage nachgewiesen — in so elastischen Ausdrücken abgefaßt, daß sie Gefäße sind, in denen Jeder hineinfüllen kann, was ihm beliebt. Sie sind Verbeizungsparagraphen, wie die Grundrechte in der preußischen Verfassung, und haben, wie diese, das Bedenkliche, bin und her gedeutet werden zu können. Der Reichskanzler hat uns erklärt, und der Handelsminister hat dem heute nicht widersprochen, daß er sich über die Haltung Preußens gegenüber dem Reichseisenbahnmast getäuscht habe. Der Grund dafür liegt auf der flachen Hand: weil der Handelsminister als Kollege des Reichskanzlers sich nicht einem Subalternen des letzteren unterwerfen kann. Die Mitglieder hängen also zusammen mit der mangelfhaften Organisation des Reiches, hätten wir Handelsministerien, je wäre die Unterordnung der Partikularstaaten viel leichter. Die erste leise Andeutung des heutigen ungeheuren Weges erhielten wir im Reichstage in der Beantwortung der Interpellation des Barons von Münsterode über die Chancen eines Eisenbahngesetzes, als uns gefragt wurde, vielleicht müßte die Lösung der heiklen Sache auf einem anderen Wege versucht werden. Warum ist denn das Reichseisenbahnmast nicht mit der Einsetzung von Eisenbahnkommissarien vorgegangen? Hatte doch das Abgeordnetenhaus, als es den preußischen Entwurf über die Kommission verwarf, ziemlich deutlich auf diesen Weg verwiesen. Warum werden uns denn die Direktionen nicht namhaft gemacht, die einer gründlichen Reform des Eisenbahnwesens hartnäckig widerstreben? Dann wären wir eher in der Lage, Remedy zu schaffen. Ich schließe mit einer historischen Reminiszenz. Als im Herbst 1866 in der sogenannten Annexions-Kommission der Reichskanzler über den bevorstehenden Friedensschluß mit Bayern interpellirt wurde, erklärte er, Preußen habe Bayern zu einer erheblichen Gefkontribution und zur Abtretung aller seiner Besitzungen nördlich des Mains zwingen können, er hielt es jedoch für falsch, denn man könne unter Umständen den Gegner vernichten — wie es mit Hannover, Hessen und Nassau geschehen — aber man müsse einen Frieden mit ihm schließen, der demselben die baldige Wiedervereinigung möglich mache. Auf dieser letzten Basis sei der Friede mit Bayern dem Abschluß nahe. Dieser wahrschaf staatsmäßige Standpunkt fand damals den vollen Beifall der Kommission und das Jahr 1870 hat gezeigt, wie richtig er war. Ich habe an diesen Vorgang erinnert, weil ich glaube, daß eine so große Maßregel nur unter Zustimmung der großen Mehrheit der Bundesstaaten und des Reichstages erfolgen darf. Haben denn die süddeutschen Regierungen den Alianzen-Vertrag, den sie in der Form der deutschen Reichsverfassung mit uns abgeschlossen, nicht ehrlich gehalten, so daß sie eine rücksichtsvolle Behandlung in Bezug auf die Zivilgeleitgesetze beanspruchen können? Aber nicht allein die süddeutschen Regierungen, auch die treuesten Freunde des Reichs im Süden, der Abg. Hoelder an der Spitze widerstreben der Vorlage. Sie bitten uns, die Schwierigkeiten ihrer Lage zu berücksichtigen — und wie schwach sie dort stützt sind, das wissen die Herren im Zentrum am besten, die ja nur auf die Erbhaftigkeit warten. (Heiterkeit.) Das einzige greifbare Resultat dieser Vorlage wird bei den Neuwahlen eine namhafte Verstärkung der Zentrumspartei in Süddeutschland sein. Ich schließe, wie ich begonnen: als treuer Freund und Förderer des Eisenbahnwesens, als ein Mann, der entschieden die Notwendigkeit von Eisenbahn-Reformen anerkennt, als Befreier des Fürsten Bismarck und treuer Anhänger des Reichs stimme ich gegen die Vorlage. (Beifall bei der Fortschrittspartei.)

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner begann seine Rede damit, daß er unter diesem Entwurf nur den Namen des Ministers Achenbach, nicht den meinen fand. Diese Bemerkung giebt mir Anlaß, Ihnen mitzuteilen, daß der Staatsministerialbeischluß, durch den die Altherkömmliche Ermächtigung zur Vorlage nachgedrückt wurde, von sämtlichen Mitgliedern des preußischen Staatsministerium einstimmig gefaßt worden ist und daß, wenn also mein Name nicht unter der Vorlage steht, ich es hiermit ausgesprochen haben will, daß ich die Verantwortlichkeit dafür mit übernehme. Freilich, wenn die Vorlage nur den Sinn hätte, den der Vorredner eingelegt hat, daß damit eine vollständige Verurtheilung des gemischten Systems im Eisenbahnwesen ausgesprochen wäre, daß wir alle Privatbahnen für alle Ewigkeit der Verdammnis übergeben wollten, dann hätte der Beischluß einstimmig nicht gefaßt werden können; ich würde nicht zu denen gehören, die das befürwortet hätten (Hört!) und ich vermute, außer mir auch noch andere nicht. Wir haben aber diese Frage nicht zu erörtern gehabt, weil von keiner Seite die Unifikation sämtlicher Bahnen ohne alle Ausnahme in den Händen der Staatsgewalt befürwortet worden ist. Ich bin alt genug, um die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Deutschland von ihren ersten Ursprüngen an, haben verfolgen können. Bei der vorhin erwähnten Brochüre, die vielleicht irriger Weise mir zugeschrieben worden ist, bin ich schon ein klassischer Zeuge gewesen; zu jener Zeit habe ich schon die Frage des Eisenbahnwesens nach allen ihren Richtungen hin untersucht. Deshalb hat es auch für mich nichts Bekleidendes, wenn ich einen gewissen Wechsel in den Ausführungen über das Eisenbahnwesen sich vollziehen zu sehen. Dürfte ich hier prophezeien, so würde ich Ihnen sagen, daß der heutigen Stimmung auch wiederum eine andere folgen wird. (Sehr wahr!) Es gibt in diesen Dingen nichts absolut Wahres. (Sehr richtig!) Man kann niemals aussprechen: nur das eine System ist richtig, das andere taugt nichts und umgekehrt. Wenn ich in Deutschland das Unglück gehabt hätte — ich würde es als Unglück betrachtet haben —, daß sich die Staatsgewalt von vorne herein des Eisenbahnwesens bemächtigt hätte, meine Herren, wir würden heute nicht den dritten Theil der Eisenbahnen haben (Sehr wahr!) und es würde uns der Umstand, daß einzelne Eisenbahnen vielleicht ökonomischer verwaltet werden würden — ich sage vielleicht — nicht darüber trösten können, daß die Entwicklung des Landes so lange zurückgeblieben wäre. Ich bin weit entfernt, indem ich die vollen Vorfüge des Staatsseisenbahnwesens anerkenne, auf der anderen Seite die Vorzüge, welche Privatbahnen sich erwerben können, einen Augenblick lang mißachten zu wollen. Sehen Sie sich nur im Lande um, Sie werden eine große Zahl von Privatbahnen finden, mit deren Verwaltung man vielleicht wenig zufrieden ist, ich lasse das dahingestellt, — Sie werden aber andererseits Verwaltungen finden, wo vor der großen Intelligenz, welche die Privatleute der Sache zugewendet haben, allen Gewalt empfinden müssen; und ich würde es bedauern, wenn solche Kräfte in Zukunft dem Eisenbahnwesen gänzlich entgehen sollten. (Abg. Windthorst [Meppen]: Sehr richtig!) Nun, meine Herren, erkennen wir aber Eins an: Seit einer Reihe von Jahren gingen wir der Gefahr entgegen, daß die Bedeutung der Eisenbahnen im öffentlichen Verkehrsinteresse nicht mehr die gehörige Beachtung fand. Wenn Privatbahnen die Richtung eingeschlagen, daß sie blos industrielle Erwerbsgesellschaften sind, dann, meine Herren, fort mit ihnen! Diese Richtung können wir für die Eisenbahnen nicht akzeptieren. Für den Bau der Eisenbahnen fest der Staat seine Macht ein, indem er ihnen das Expropriationsrecht einräumt; für den Betrieb der Eisenbahnen muß ja der Staat vielfach seine Autorität einsetzen lassen, und es darf nie und nimmer mehr vergessen werden, daß die Eisenbahnen zwar eine Rente abwerden dürfen, daß sie aber vor Allem dazu bestimmt sind, öffentlichen Interessen zu dienen. (Sehr richtig!) Diesen Satz müssen wir jetzt wiederum zur öffentlichen Erkenntnis bringen, und wie bereits vom Handelsminister ausgeführt wurde, ist die preußische Regierung schon seit mehreren Jahren auf dem Wege, dem Lande, soviel an ihr liegt, zu dieser Erkenntnis zu verhelfen. Die großen Eisenbahnanleihen, die in den letzten 3 bis 4 Jahren gemacht worden sind, dienen recht eigentlich diesen Zwecken. Nun fragt man sich: ist es absolut notwendig, daß die Eisenbahnen, soweit sie dem Staat ge-hören, von den Partikularstaaten an das Reich übergehen. Es mag ja nicht absolut bestritten werden können, daß nach den Schwierigkeiten, die jetzt das Staatsseisenbahnwesen hervorruft, sich möglicherweise auch nicht geringe Schwierigkeiten einstellen werden, wenn die Sache zur Angelegenheit des Reiches gemacht wird. Das läßt sich ja zugeben. Aber läßt sich denn andererseits diese Wucht der Gründe bestreiten, die gestern der Ministerialpräsident, heute der Handels-

minister dafür angeführt hat, daß es im hohen Grade für die Förderung der allgemeinen Zwecke des Eisenbahnwesens wünschenswert sei, die Lösung der ganzen Angelegenheiten in eine Stelle, in die höchste Stelle zu verlegen. Ich kann nicht leugnen: überall, wo ich nur zu sagen habe, es wird zum allgemeinen Wohl dem Reich ein größerer Wirkungskreis gegeben, da kann ich nicht widerstehen, da unterstütze ich die desfallsigen Vorschläge. Hier begehrten wir von der preußischen Landesvertretung nichts als die allgemeine Ermächtigung, mit dem Reich zu verhandeln, Aufgabe des Reichstages und der verbündeten Regierungen wird es sein, zu untersuchen, in welcher Weise diesem Verlangen Folge gegeben werden kann. Wenn der Vorredner vermittele, daß die Vollmacht, die ausgestellt werden soll, nicht an eine bestimmte Zeitdauer geknüpft sei, so möchte ich sagen: lernen wir uns doch etwas besser vertrauen. Glauben Sie denn, daß, wenn die jetzige Regierung mit ihren Vorschlägen beim Reichstage nicht durchdringt, sie dann die Sache so behandeln wird, als bestände die Vollmacht per omnia saecula fort? Werden wir denn nicht die Nothwendigkeit anerkennen müssen, dann die Sache mit einem künftigen Landtage von Neuem zu verhandeln? Und wenn gesagt würde, der preußische Landtag wird, wenn die Verträge abgeschlossen sind, nichts mehr dazu sagen können, so erwidere ich: das wolle Gott verhindern! Wie sollte denn die Stellung der Regierung zu dem Reichstage sein, wenn es dem preußischen Landtage nicht gestattet sein sollte, zu sagen: Wenn mir der Vertrag nicht ansteht, so sage ich nein! Also das kann niemehr mit Grund befürchtet werden, daß wir diesen wichtigen Vertrag, der ein so bedeutendes Geldinteresse in sich fasst, behandeln könnten, als ob er ein bedeutungsloser Akt sei. Wenn der Vorredner gemahnt hat, nicht den Krieg zu suchen und die Versöhnung zu wollen, so stimme ich mit ihm in dem Zweck, den er vorführt, vollständig überein. Ich würde, daß diese so mancherlei, so schwierige, so wichtige Interessen berührende Frage von allen Seiten im bündesfreundlichen Sinne geprüft und erwogen werden möge. Ich bin überzeugt, wenn das geschieht, so wird das Resultat nicht der Zustand der Verfeindung, sondern der Zustand des befestigten Friedens sein. (Beifall.)

Abg. H a m m a c h e r: Wenn wir schon wiederholt der Ansicht begegnet sind, daß wir durch Annahme dieser Vorlage die Übernahme sämtlicher deutschen Eisenbahnen durch das Reich verlangen, so ist das eine Verfehlung des Urteils und der öffentlichen Meinung und ich konstatte, daß den Mitgliedern meiner Partei nichts ferner liegt, als die Aufstellung eines solchen Präjudizes. Wir wollen aber, daß in Zukunft Deutschland statt einer partikulären eine deutliche Eisenbahnpolitik treibe, denn zur Wohlfahrt des deutschen Volkes ist das Reich gefestigt, und, was Preußen betrifft, so haben viel mehr, als ideale Güter, die wirtschaftlichen Vorteile und Berücksichtigungspunkte ihm Sympathieen und die Anerkennung als Vormacht im Reiche erworben. Die Eisenbahnpolitik ist es, die die Zukunft unseres Landes beherrscht, von ihr hängt die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt ab und gerade Deutschland, das seine Rohmaterialien weder an einem Punkte zusammen, noch wie England und Belgien in der Nähe des Meeres hat, ist auf eine glückliche Entwicklung der Eisenbahnfrage hingewiesen. Ich weiß sehr wohl und gebe Herrn Richter darin vollkommen Recht, daß die Tarife sich nicht willkürlich regulieren lassen, daß die Konkurrenz sie beeinflusst, aber überall gravitiert die Höhe der Tarife nach der Höhe der Anlagekosten; es kann nicht anders sein. Daraus folgt für mich, daß es unser ernstestes Bestreben sein muß, wie wir die günstigste Eisenbahnpolitik schon jetzt auf feste glückliche Grundlage zu bringen vermögen. Die franz. Regierung, auf die hingewiesen wurde, ist in einer anderen Lage; sie hat das Recht, die Tarife der Privatbahnen zu bestimmen, der preußische Handelsminister dagegen kann die Tarife nicht so weit herabdrücken, daß das Privat-Anlagekapital geschädigt wird. Die Eisenbahnen sind öffentliche Verkehrsstraßen. Deshalb enthält der Gesetzentwurf in erster Linie die Bestimmung, das Reich in Zukunft einen unmittelbaren Einfluß über ihnen können. Ich denke, ohne dies ist das Aufsichtsrecht eine reine Chimäre. Nicht nur in ihrer Sicherheit, auch in ihrer Leistungsfähigkeit in Bezug auf Bahnhöfe, Gleise, Lokomotiven, Haltestellen etc. sollen die Eisenbahnen dem öffentlichen Bedürfnisse genügen und sich überdies den Bestimmungen des Bundesraths über die Tarife unterwerfen. Dies ist der Inhalt des Aufsichtsrechts: ich sollte meinen, wer das Recht hat, diese Bestimmungen durchzuführen, der hat auch das Eigentum. Ich würde geneigt sein, zu glauben, daß wir zeitweilig auch mit etwas weniger straffen Bestimmungen ausreichen würden, aber auf die Dauer nicht. Was die Vorredner zu Gunsten der Privatbahnen gesagt haben, könnte ich noch um Vieles vermehren, es geht bei ihnen so gut neben schlechten auch guten Direktoren, wie bei den Staatsbahnen, aber die Verhältnisse sind stärker, als die vorübergehende Tüchtigkeit Einzelner. Wir bedürfen der Etablierung einer strammen, durchschlagenden, deutschen Eisenbahnverwaltung, namentlich fremden Staaten, Rußland, Österreich gegenüber ist der Einzelne viel zu schwach, um seine Verkehrsinteressen mit Erfolg vertreten zu können. Nicht liegt mir wie der Regierungsvorlage ferner, als die Leistung der Privatbahnen herabzudrücken, einen Gegenzug zwischen ihnen und den Staatsbahnen zu erzeugen. Aber erinnern Sie sich nicht der Klagen aus Württemberg über den ihren Transport von Steinkohlen? Wir konnten im Reichstage nicht helfen, da wir der badischen Regierung nicht zumuthen konnten, für einen Transport, bei dem sie nur für eine geringe Strecke interessiert war, einzutreten. Jetzt ist dem Kohlentransport nach Hamburg und Bremen abgeholfen, nach Wilhelmshaven, aber kann die westfälische Kohle nicht gelangen; da liegen fremde Eigentümern dazwischen, die wir nötigen können. Die Bestimmung der Reichsverfassung bestellt dermalen nur auf dem Papier, sie muß zur Wahrheit gemacht werden, und ich meine, wenn die Reichsregierung an die preußische Volksvertretung appellirt, so sind wir nicht in der Lage, dazu etwas Anderes als "Ja" zu sagen. Wir haben dann ein gutes Werk gethan, für das uns nicht nur die Bewohner Preußens, sondern ganz Deutschlands Dank wissen werden. Wenn es mir gelungen ist, Sie davon zu überzeugen (Rein, nein!), daß wir, wenn wir diese Vorlage annehmen, die deutsche Arbeit kräftigen, sie anders stellen, als sie heute gestellt ist, dann werde ich zufrieden und überzeugt sein, unserem Vaterland einen Dienst erwiesen zu haben. (Beifall.)

Nachdem nach der Abg. Reichensperger gegen die Vorlage gesprochen, wird die Debatte geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung lehnt Abg. v. Wedel-Maklow die Rolle, die der Abg. Berger ihm bei der Konzeption des Reichseisenbahnprojekts zuertheilt habe, dankend ab, indem er ihn an die Vorrichtung des Code Napoleon erinnert: La recherche de la paternité est interdite. (Heiterkeit.)

Die Überreichung der Vorlage an eine Kommission wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt (für dieselbe stimmt nur das Zentrum). Die zweite Lesung findet also im Plenum statt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Wiederholte Beratung der Vorlage wegen Einverleibung Lauenburgs und eine Reihe kleinerer Spezialgesetze.)

Lokales und Provinzielles.

Posen 28 April.

Personalien. Wie der „Staats-Anzeiger“ mittheilt, ist der Kreisrichter Freiwald zu Schubin zum Regierungsrath ernannt worden.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin. 28. April. Wie ich aus guter Quelle erfahre, sind wegen der Nachfolge Delbrück nur mit zwei Herren, mit dem hessi-

schen Ministerpräsidenten Hofmann und mit dem hannoverschen Oberpräsidenten Grafen Eulenburg Verhandlungen angeknüpft worden, die wahrscheinlich schon zu einem endgültigen Resultat geführt haben.

Privat-Dep. der Posener Zeitung.

In einem Telegramm unserer heutigen Morgennummer wird bereits Hofmann als Nachfolger Delbrück bezeichnet. Die „Nord. Allg. 3.“ schreibt: „Wie Provinzblättern von hier telegraphisch gemeldet wird, bezeichnen wohl informierte Abgeordnete den hessischen Ministerpräsidenten Hofmann als mutmaßlichen Nachfolger Delbrück nach vorheriger Abweitung des Reichs-Justizamtes und der elässischen Abteilung von dem Reichskanzler-Amt. — Der Name des Herrn Hofmann wird auch von anderen, gemeintlich wohl informierten Kreisen mit dem nach Herrn Dr. Delbrück erledigten Posten in Zusammenhang gebracht.“

Gewinn-Liste der 4. Klasse 153. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Für die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 27. April. Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

38	75	114	32	55	92	269	377	440	(600)	67	524	30	633	704
19	68	70	896	940	70	(300)	76.	1047	182	(300)	222	71	(600)	327
90	(600)	408	35	59	536	(1500)	622	32	(300)	946	72.	2141	63	203
205	38	209	10	28	84	407	14	33	50	83	90	559	67	(300)
682	847	49	78	94	(2000)	953	62	74.	4109	226	(1500)	422	45	(600)
507	50	673	81	729	55	823	51	920	38	42	(300)	52	58	(600).
113	269	326	27	68	413	70	73	79	572	729	35	90	(3000)	838
963	90	99.	6054	(15000)	67	83	103	(300)	15	(300)	20	41	88	218
93	368	414	(300)	45	97	589	90	768	856	(300)	71	600	99	917
18	42	73.	7062	133	(600)	76	207	18	63	87	346	442	507	53
605	38	(600)	83	779	820	40	82	85	92	911	50	(1500)	99.	8025
97	(300)	831	59	75	920	27.	9047	64	75	166	300	202	12	76
66	(300)	79	(600)	90	95	602	35	79	793	810	46	966	83	94.
10,000	36	92	136	67	78	(600)	87	210	99	(3000)	310	31	75	77
460	80	85	511	607	34	69	(600)	74	802	92	93	960	61.	11,023
63	86	121	32	243	344	424	554	96	797	840	(3000)	46	917	(600)
25	(1500)	46	63.	12,041	68	107	11	(300)	42	68	92	20	50	79
86	(300)	322	56	404	94	524	45	91	870	911	31	84	95.	13,029
122	(300)	24	51	66	306	13	409	51	525	39	626	(1500)	97	728
81	86	802	52	(600)	73	96	953.	14,007	29	35	42	(300)	64	68
63	807	36	990.	15,005	64	72	94	165	71	88	281	(300)	304	758
72	(1500)	446	513	58	693	707	92	830	933	(300).	16,000			
18	(300)	279	327	97	(300)	526	(300)	81	736	65	810	58	99	
85	417	74	508	602	17	22	66	67	68	751	63	81	900	25
15	(300)	18,023	125	60	288	312	300	13	48	420	25	53	(300)	505
32	64	81	87	93	602	27	29	35	723	98	845	50.	19,001	29
500	(1500)	75	93	659	95	707	21	23	56	(300)	73	82	804	(1500)
1500	923	44	99.	938.	29019	68	279	87	316	21	68	86	435	556
30014	115	79	235	68	417	29	(3000)	521	649	745	84	827		
48	74	81	901	32.	31004	21	39	53	146	99	234	(1500)	45	324
48	56	423	54	(3000)	73	(1500)	83	557	70	85	(1500)	611	(600)	39
723	26	27	(3000)	65	(300)	837	907	(300)	43.	32101	17	548	606	
25	828	49	907	(1500)	39	42.	33076	181	294	391	94	(300)	433	
300	39	501	33	618	741	923	39	(1500)	47	(600)	54.	34032	50	71
157	68	84	213	(300)	57	300	18	415	537	81	621	(600)	750	59
6000	66	(300)	84	(300)	820	913	68	89.	35011	24	49	107	15	232
46	313	32	402	591	99	643	44	969.	36038	88	184	86	208	308
1500	21	44	501	58	(600)	92	657	88	707	37	81	807	30	59
82	87	961.	37116	71	304	51	95	412	545	53	55	83	609	60
841	903	(600)	53	87.	38042	143	286	317	20	63	65	70	437	65
151</td														

